Beschluss BLACK LIVES MATTER - Für konsequenten Anti-Rassismus in Dresden

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	17.06.2020
Tagesordnungspunkt:	2.4. BLACK LIVES MATTER - Für konsequenten Anti-Rassismus in Dresden

Antragstext

Der Mord an George Floyd am 25.05.2020 und das gewaltsame Vorgehen gegen die darauffolgenden Proteste haben wieder gezeigt welche tödliche Gefahr von Rassismus und Polizeigewalt gegen Schwarze ausgeht. Am 12. Juni, nur 3 Wochen danach, haben weiße Polizisten in Atlanta Rayshard Brook auf der Flucht erschossen.

Diese Morde stehen beispielhaft für die institutionalisierte Diskriminierung und Dehumanisierung schwarzer Menschen und entfachen eine neue Welle antirassistischer Proteste.

Schwarze Menschen verdienen denselben Respekt und die gleiche Behandlung wie weiße Menschen – nach 400 Jahren des Rassismus und der Ungleichheit.

Doch Rassismus ist kein US-amerikanisches Phänomen. Ebenso wenig wie der Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit.

Rassismus war die ideologische Grundlage für Sklaverei, Ausbeutung und Misshandlung von Schwarzen Menschen durch weiße Europäer*innen. Jeden Tag erfahren Schwarze, People of Color, Migrant*innen, Rom*nija und andere Minderheiten in Europa Rassismus. Immer noch ist jede*r einzelne von ihnen durch rassistische Gewalt gefährdet. Politische Institutionen sind vorwiegend weiß, von wirklicher Repräsentation kann keine Rede sein. Europa muss sich mit seiner kolonialen Vergangenheit befassen, in der jene kulturellen und gesellschaftlichen Strukturen der Unterdrückung von Schwarzen und People of Color entstanden sind, die noch heute wirksam sind und sich gerade auch in Dresden immer wieder in den unzähligen Angriffen gegen Schwarze und People of Color zeigen, von denen die Ermordung von Marwa el-Sherbini im Gerichtssaal nur eine der schrecklichsten Taten ist. Die gesellschaftliche Diskriminierung offenbart sich auch in der weit verbreiteten, offenen Ablehnung von Migrant*innen und Asylsuchenden in Dresden sowie in der europäischen Abschottungspolitik.

Der Kampf gegen Rassismus ist eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft, nicht nur der Betroffenen. Starke Demokratien lassen sich am besten am Umgang mit Minderheiten erkennen. Unser Anspruch an die Demokratie muss sein, dass Schwarze Menschen, People of Color und alle anderen gleich behandelt werden – durch Polizei, Politik und Gesellschaft. Um strukturellen Rassismus bekämpfen zu können, müssen wir alle Bereiche der Gesellschaft betrachten. Ausgrenzung und intersektionale Unterdrückungstrukturen müssen wir erkennen und beseitigen, auch in der eigenen Partei. Schwarze und People of Color müssen durch starke demokratische Strukturen vor Gewalt und Anfeindungen geschützt werden, die auch die exzessive Gewalt durch Polizeikräfte begrenzen. Die Verhinderung von rassistischer Gewalt ist das absolute Minimum.

Rassismus ist jedoch keine Randerscheinung im rechten Milieu rund um Pegida und Co., sondern wir alle sind rassistisch sozialisiert und tragen Stereotype in

uns. Deshalb braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit weißen Privilegien. Daneben sind Anerkennung, Chancengleichheit, Sichtbarkeit und Teilhabe elementar für eine diverse Gesellschaft.

Als bündnisgrüner Kreisverband Dresden :

1. zeigen wir uns solidarisch mit der #BLACKLIVESMATTER-Bewegung und ihren Protesten.

2. fordern wir die Kolonialgeschichte kritisch aufzuarbeiten und die immer noch währende Unterdrückung von BIPocs (1) im Zuge echter Gleichberechtigung zu beseitigen. Dies ist eine zentrale Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Rechte garantiert.

3. erkennen wir die Folgen europäischer Kolonialgeschichte auf die gesellschaftliche Realität heute an. Wir stoßen einen Prozess der aktiven Dekolonialisierung an - auf den Straßen, in den Museen und in öffentlichen Räumen. Eine Überprüfung von Straßennamen, Ausstellungsstücken der städtischen Museen sowie Denkmälern und dergleichen im öffentlichen Raum ist notwendig. Anschließend muss eine kritische Kontextualisierung erfolgen. Als letzte Konsequenz ist ihre Beseitigung in Betracht zu ziehen.

4. fordern wir die Schaffung grundlegender Aufklärung und Bildungsarbeit über Kolonialgeschichte, Dekolonialisierung und aktivem Anti-Rassismus.

5. verlangen wir die langfristige Etablierung und Verstärkung von Anti-Diskriminierungstrainings für Angestellte der Stadt Dresden, insbesondere für die Versammlungsbehörde und das Ordnungsamt. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Landesebene für vergleichbare Programme einzusetzen, besonders für Angestellte in Justiz und Polizei. Diese Anti-Rassismus-Trainings sollten sich unter anderem mit Critical Whiteness und Sensibilisierung im Umgang mit kulturellen und religiösen Minderheiten befassen.

6. fordern wir zusätzlich besondere Aufmerksamkeit für anti-muslimischen Rassismus in der Anti-Rassismusarbeit - speziell in Dresden und Sachsen ist Rassismus gegen nicht-schwarze PoCs durch neu-rechte Bewegungen wie Pegida weit verbreitet und muss bekämpft werden. (2)

7. sind wir der Meinung, dass dringende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Diskriminierung in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheitsversorgung zu beenden und Chancengleichheit auch für Migrant*innen und Asylbewerber*innen zu gewährleisten.

8. verlangen wir die explizite Ermutigung, Ansprache und Anstellung von BIPoC in öffentlichen Stellenausschreibungen, auch durch community-orientierte

Recruiting-Prozesse. Wir engagieren uns dafür, dass dies bei allen Einstellungsprozessen Standard wird.

9. fordern wir ein sofortiges Ende von Racial Profiling in behördlicher Praxis.

10. verurteilen wir unverhältnismäßige Gewaltanwendung der Polizei generell und insbesondere gegenüber Demonstrant*innen, Vertreter*innen der Presse, Santäter*innen, freiwilligen Helfer*innen und BIPoC.

11. halten wir die zunehmende Militarisierung von Polizeikräften, die auch in Sachsen zu beobachten ist, nicht für akzeptabel. Wir verurteilen den unverhältnismäßigen Einsatz des Spezialeinsatzkommandos (SEK).

12. erwarten wir die konsequente Umsetzung des bestehenden Rechts zum Schutz von BIPoC.

13. werden wir zivilgesellschaftliches Engagement finanziell unterstützen und deren Strukturen festigen.

14. verpflichten wir uns, unser persönliches und innerparteiliches Verständnis für Rassismus, die Erfahrung von BIPoC, white priviledge und anti-muslimischen Rassismus zu verschärfen, weiterzuentwickeln und dieses in unserer politischen Arbeit auf allen Ebenen umzusetzen.

15. werden wir zusammen unsere eigenen Strukturen hinterfragen und verbessern.

16. verpflichten wir uns mit diesem Beschluss zur Unterstützung des Kampfes für Gerechtigkeit von BIPoCs und allen betroffenen Gruppen von ungerechtfertigter Polizeigewalt in Regierungsverantwortung oder in Oppositionen.

(1) BIPoC steht für Black, Indigenious and People of Colour. Es ist eine Selbstbezeichnung der Community und inkludiert alle nicht-weißen Gruppen, die von der Erfahrung systematischen Rassismus betroffen sind.

(2) Informationshinweis der bpb: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/01/Flyer_GMF_Islam.pdf